

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 129.

Donnerstag, den 6. November 1919.

19. Jahrgang.

F Man misset aus Namen: Die französischen Behörden haben sich entschlossen, der Bevölkerung des besetzten Gebietes die nötigen Kohlen zu liefern, um der Streikbewegung Einhalt zu tun. Es ist richtig, daß die französischen Behörden beschlossen haben, dem linksrheinischen besetzten Gebiet vorläufig die Kohlen zu liefern, welche ihm die deutsche Regierung dem Friedensvertrag gemäß zustellen sollte und die sie aus politischen Rücksichten nicht geliefert hat.

Aber die französischen Behörden haben nicht etwa aus Furcht vor Aufruhr gehandelt, welchen sie mit Leichtfertigkeit unterdrücken können, sondern nur, um der rheinischen Bevölkerung Entbehrungen und Mühsale zu ersparen.

Und um dieses menschliche Gefühl zu befriedigen, hat Frankreich diese beträchtlichen Mengen an Kohlen vorweggenommen, welche das Saarrevier ihm für seinen unbedingten Bedarf liefern soll, um die Beschädigungen der Kohlengruben von Frankreich wett zu machen, welche von den deutschen Armeen zerstört wurden.

F Ueber die Ereignisse die sich am 8. und 9. Oktober in Kaiserslautern abgespielt haben, sind oft auf Irrtum beruhende Auskünfte gegeben worden, was vorzukommen ist.

Am 8. Oktober brach plötzlich und zu gleicher Zeit in verschiedenen Betrieben ein Streik von ungefähr 12000 Arbeitern ohne irgend einen berufsmäßigen Grund aus.

Die Streikenden verlangten die Freilassung von Angeordneten, die im Anfang des Monats während einer Rundgebung an der Bürgermeisterei gegen das teure Leben vorgegangen waren. Außerdem verlangten sie das Recht, sich frei versammeln zu können.

Diese so vorgetragenen Forderungen konnten nicht angenommen werden. Abends um 7 Uhr stellten dann ihrerseits die Arbeiter des Elektrizitätswerkes, immer wieder ohngewöhnlichen Grund, die Arbeit ein, und so befand sich die Stadt fast vollständig im Dunkeln.

Am 9. Oktober bildeten sich Streiktruppen und zogen durch die Stadt. Im Laufe dieser Rundgebung wurde mit Steinen gegen die Soldaten geworfen, ein Motorradfahrer wurde belästigt, eine Gasse wurde überfallen und drei Offiziere wurden verletzt; einer von ihnen ist gestorben.

Es ist bewiesen, daß an der schlimmen Wendung, die diese Ereignisse genommen haben, das Einschreiten gewisser Elemente, welche der Daseinsbevölkerung fremd sind, Schuld ist. Die Identität eines dieser professionellen Aufwiegler ist auch festgestellt worden.

Er kam vom rechten Rheinufer und hatte schon in Hamburg, Kiel und Nürnberg Unruhen gestiftet.

Die französischen Militärbehörden haben bei diesen Unruhen die größte Ruhe an den Tag gelegt. Man braucht ja nur ihre Handlungsweise mit der zu vergleichen, die während des Krieges in dieser selben Stadt Kaiserkolonnen von den deutschen Militärbehörden angewandt wurden, um die gegen das teure Leben gerichteten Aufstände zu unterdrücken. Aber die französischen Behörden sind entschlossen, einen Aufruhr mit revolutionärer Absichten zu dulden. Der Stadt Kaiserslautern, der Verwaltung diesen Aufruhr nicht vorzuziehen und durch ihre eigenen Mittel nicht zu unterdrücken verstand, wird eine gemeinsame Geldstrafe von 60.000 Mk. auferlegt.

Frieden erst im März?

Neue Ententesforderungen an Deutschland.

Das Inkrafttreten des Friedens wird von der Entente immer weiter hinausgeschoben. Der englische Minister Bonar Law erklärte im Unterhause, daß er die vollständige Ratifikation des Friedensvertrages und das endgültige Zustandekommen des Friedens nicht vor Februar oder März 1920 erwarte.

Was die Entente unter dem endgültigen Zustandekommen des Friedens versteht, ergibt sich aus den Beratungen des Obersten Rates über „Die Vertiefung der Klauseln des Waffenstillstandes“. Der Fünfertrat hat den Grundsatz aufgestellt, daß das Inkrafttreten des Friedens von Versailles, das den Friedenszustand an Stelle des Waffenstillstandes setzte, von der deutschen Regierung nicht für die Punkte herangezogen werden darf, die sich auf Bedingungen des Waffenstillstandes beziehen, aber im Vertrag selber nicht enthalten sind. Man hat daher die Aufstellung eines Protokolls in Aussicht genommen, worin die Deutschen sich verpflichten, diejenigen Klauseln des Waffenstillstandes, die sie nicht erfüllen haben, noch zu erfüllen.

Das „Pariser Journal“ weist hierüber noch zu berichten, daß Deutschland nicht alles rollende Material herausgegeben, vierzehn Petroleumtransportschiffe vom Hafen von Antwerpen aus nicht geliefert und Handelsschiffe an neutrale Mächte verkauft habe. Außerdem habe es sich geweigert, das Verzeichnis der aus Frankreich und Belgien weggeschafften Werte zu

vermitteln.

Zu den Verträgen gegen die Waffenstillstandsbedingungen rechnet die Entente auch, wie Pariser Blätter mitzuteilen wissen, die nur unvollkommen durchgeführte Räumung des Baltikums von deutschen Truppen. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, das äußerste Druckmittel anzuwenden und sie hat erklärt, daß alle jene Truppen, die bis zum 11. November die deutsche Grenze nicht passiert haben sollten, als fahnenflüchtig erklärt werden und die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren sollen. Es handelt sich dabei um etwa 35.000 Mann, die zu den Russen übergegangen sind, also um die weitaus überwiegende Mehrheit der etwa 40.000 Mann betragenden Truppe der Aurlandkämpfer.

Außerdem hat der Fünfertrat erneut über die Entschädigung beraten, die Deutschland für die Versenkung seiner Flotte in Scapa Flow zu zahlen haben wird.

Die Entente versucht eben, den Eintritt des Friedenszustandes von Tag zu Tag zu verzögern. Hinter allen diesen mit den fadenscheinigsten Vorwänden, die man nicht dem wehrlosen Gegner, sondern der Welt gegenüber für nötig hält, begründeten Verzögerungen des Friedenszustandes steht hauptsächlich Frankreich. Im eigenen Lande hat es ihn erklärt und sich so dem stürmischen Drängen innerpolitischer Gegner entzogen: nach außen läßt es den Kriegszustand bestehen. Es ist so bequem, auf diese Weise noch einige Zugeständnisse von dem waffenlosen Feinde zu erpressen — der ja doch immer nachgibt. Warten wir ab, welche „Kompensationen“ man uns für die angeblichen Verletzungen des Waffenstillstandes verlangen wird.

Inzwischen droht dem Inkrafttreten des Friedensvertrages eine neue Verzögerung. Clemenceau hat dem Rat der Fünf vorgeschlagen, dem Marschall Foch das Kommando über die alliierten Truppen am Rhein und auch über diejenigen Truppen zu übertragen, die nach dem Friedensvertrage nach Teschen, Oberkloster, Mga, Remel usw. geschickt werden sollen. Der Rat der Fünf hat den Vorschlag nicht angenommen, sondern beschlossen, ihn erst den verschiedenen alliierten Regierungen zu unterbreiten. Nur Litauen soll für Italien bereits zugestimmt haben. Einige Delegierte machten geltend, daß die Ueberwachung nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages dem Völkerverbund zukomme.

Neue Justizvorlagen.

Wucher- und Schiebertumsämpfung.

Der neue Reichsjustizminister Dr. Schiffer hat dieser Tage vor den Vertretern der Presse die Gesichtspunkte entwickelt, die er auf dem Gebiete der Reichsjustiz demnächst durchzuführen gedenkt. Eine Reihe von Fragen auf dem Gebiete des Rechts bedarf der Umgestaltung. Die Nationalversammlung wird sich daher noch in diesem Jahre mit einer Anzahl von Gesetzesvorlagen und Verordnungen zu befassen haben, die die dringenden Fragen unserer Rechtspflege betreffen.

Vor allem ist ein schärferes Vorgehen gegen den Wucher und die Korruption eine unumgängliche Notwendigkeit geworden. Es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, alle Fälle des Wuchers und Schiebertums zu erfassen. Jedenfalls aber ist dem Rechtsgefühl des Volkes härtere Rechnung zu tragen und alles heranzuziehen, was nach dieser Richtung hin wirken kann. Fälle des Wuchers, des Schiebertums und dergleichen, die einwandfrei und klar liegen, sollen durch Sondergerichte abgeurteilt werden. Diese Gerichte sollen aus drei Juristen und zwei Laien, die aus den Kreisen des Handels, der Produzenten und der Konsumenten zu nehmen sind, gebildet werden. Durch diese Gerichte wird vor allem eine schnelle Aburteilung sich erzielen lassen, der eine sofortige Vollstreckung der Strafe folgen kann. Es ist nicht beabsichtigt, unter diesen Maßnahmen den soliden Handel leiden zu lassen. Nur deutliche und unzweifelhafte Fälle werden den Sondergerichten zugewiesen werden. Aber hier soll ein scharfes Zwischenglied eingeschaltet werden. Es ist beabsichtigt, Ruchlosigkeit zuzulassen, auch ohne daß es sich um einen Rückfall handelt. Ferner wird die Verfassung der Handelsverträge an leichtere Bedingungen geknüpft werden, so daß sie auch den Streikmann treffen kann, der im einzelnen Falle bei dem Handelsgeschäft einen anderen vorgegeben hat. Der Reichsjustizminister wies darauf hin, daß im besetzten Gebiet von den Besatzungsbehörden ähnliche Maßnahmen getroffen sind, und daß diese dort von günstiger Wirkung gegenüber dem Wucher und Schiebertum gewesen seien.

Als weitere Vorlage wird der Nationalversammlung ein Entwurf über die Reform der Anwälte, Behörden der Rechtsanwaltschaften. Nach Ansicht des Reichsjustizministers sind die Sähe der

sechsgrenordnung von 1879 unter den heutigen Verhältnissen keine brauchbare Grundlage mehr, auch nicht mit der 33 1/2prozentigen Erhöhung, die inzwischen eingetreten ist. Er ist auch der Meinung, daß die Steigerung des Einkommens, insbesondere auch der Arbeiterklassen die Vertenerung der Rechtspflege erheblich mache. Der bereits an den Reichsrat gelangte Gesetzentwurf sieht eine progressive Steigerung der Gebühren vor, dergestalt, daß sie zwischen 60 und 120 Mark Obfektwert 10 Prozent beträgt, um von 4000 Mark ab 100 Prozent zu erreichen. Gleichzeitig erfolgt eine entsprechende Erhöhung der Gebühren der Gerichtsvollzieher. Die ungeheure Ausdehnung der Anwaltsrechtsfachen — in Bayern betragen sie bis zu 62 Prozent aller Rechtsfachen — macht es nötig, den Anwälten hierfür wenigstens den Ersatz der Selbstkosten zu gewähren. Das soll künftighin geschehen. Die daraus erwachsenden Aufwendungen fallen den Einzelstaaten zur Last.

Der Minister ist der Ansicht, daß es zu begründen sein würde, wenn als Nebenwirkung der Gebührenerhöhung sich eine Verminderung der Rechtsstreite, eine Eindämmung der Prozeßwut ergeben würde.

Eine weitere Reform betrifft die Bösung der Vorstrafen. Sie ist in zwei Formen beabsichtigt. Es soll zulässig sein, eine beschränkte Auskunst über die Vorstrafen festzusetzen, so daß nur dann bestimmte Stellen das Recht haben, diese Auskunst zu verlangen. Oder es soll die vollständige Bösung der Vorstrafen möglich sein. Welche Form gewählt wird, wird von dem einzelnen Fall abhängen.

Eine dritte Vorlage sieht eine Verlängerung der kurzen Verjährungsfristen noch einmal vor, wie es im Kriege wiederholt der Fall war. Bedingt wird das durch die Kriegsverhältnisse, da es unbedeutende Scharfen mit sich bringen würde, wenn jetzt mit dem 31. Dezember plötzlich die Verjährung in der alten Frist wieder eintreten würde. Man ist daher der Auffassung, daß auch heute die klaren Verhältnisse, die die kurze Verjährung voraussetzen, noch nicht gegeben sind, insbesondere, weil die Kriegsgefangenen erst jetzt in die Heimat zurückkehren.

Ferner soll die Bestimmung, daß die Eintragung von Hypotheken nur in Markwährung zugelassen wird aufgehoben werden. Die Hypothek soll in Zukunft auch in ausländischer Währung eingetragen werden dürfen. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, auch ausländische Kapitalien in höherem Maße für Hypotheken zugänglich zu machen.

Reform des Straf- und Zivilprozesses.

Während diese Vorlagen in allerhöchster Zeit ihre Erledigung finden werden, steht eine Anzahl größerer, umfassender Vorlagen für die spätere Zeit in Aussicht. Bei ihrem Wiederauftritt im Januar soll die Nationalversammlung den Entwurf einer Reform der Strafprozessordnung vorfinden. Es soll sich dabei nicht, wie zunächst beabsichtigt, um eine Teilreform handeln, sondern der Gesamtkomplex der in Betracht kommenden Fragen soll seine Erledigung finden. Dieser Reform zur Seite treten soll eine solche des Strafvollzuges, die moderne Anschauungen sowohl in der Handhabung der Untersuchungshaft wie in der Durchführung des Strafvollzuges selbst zur Geltung bringt.

Nach erfolgter Wahl des Reichstages soll dann an die Reform des Zivilprozesses gegangen werden, in Verbindung mit der auch eine Durcharbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches erfolgen muß. Diese erweist sich als notwendig zur Berücksichtigung verschiedener Bestimmungen der neuen Verfassung, insbesondere der Stellung der Frau. Auch das Gebiet des Arbeitsrechtes und die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches werden einer Neubearbeitung unterzogen werden müssen.

Die Frage der Verlängerung der Patente ist bisher nicht entschieden. Das Justizministerium hat in dieser Frage einstweilen eine ablehnende Haltung eingenommen, gestützt auf Urteile sachverständiger Kreise. Ein endgültiger Entscheid ist indessen noch nicht getroffen.

Außer diesen Reformen soll noch eine weitere Reihe von Fragen einer Bearbeitung unterzogen werden. So allem wird eine Vereinfachung von Verhältnissen angestrebt, für die die einzelnen Bundesstaaten zuständig sind. Minister Schiffer nannte u. a. die Frage der Freizügigkeit der Rechtsanwälte, die Frage der Altersgrenze für Beamte und andere.

Bethmann-Hollwegs

Bernehmung.

Der frühere Reichskanzler über Wilsons Friedensaktion. Die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Friedensmöglichkeiten wurden am Freitag fortgesetzt. Die Bernehmung des früheren Reichskanzlers in Washington. Grahen Bern-

stark, in letztem Beendeten worden. Jetzt ist der selbige Reichskanzler, Herr von Bethmann-Hollweg an der Reihe. Die Vernehmung geht im Sitzungssaal des Hauptauschusses im Reichstagsgebäude vor sich. Unser Herr v. Bethmann-Hollweg, der in Begleitung des seinerzeitigen Chefs der Reichskanzlei Unterstaatssekretärs Bahnschaffe erschienen ist, sieht man den früheren stellvertretenden Reichskanzler Dr. Helfferich, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrn Zimmermann, auch den früheren Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral von Geyelle, in dessen Amtstätigkeit die Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges fällt. Am Tisch der Sachverständigen taucht als neue Persönlichkeit der frühere Gesandte in Bern, Herr von Romberg, auf. Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, deren Erscheinen mehrfach angekündigt war, sind nicht anwesend.

Die Fragen an Bethmann.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg wird auf folgende Fragen antworten:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember 1916 durch die Zentralmächte erfolgt, trotzdem eine Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war?

2. Aus welchen Gründen sind Wilson die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar:

a) nicht öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember 1916;

b) nicht vertraulich, trotz des Ersehens des Obersten Hauses und des Staatssekretärs Lansing?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges gegeben, denn sie wußte, daß er zum Kriege mit Amerika führen würde?

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Abg. Warth (Dnatl.) leistet v. Bethmann-Hollweg den Eid in der religiösen Form in der gleichen Form, wie ihn Graf Bernstorff vor der ersten Sitzung geleistet hat. Sodann nimmt der frühere Reichskanzler das Wort zu einer zusammenfassenden Darstellung der Ereignisse, soweit sie sich auf die Wilsonsche Friedensaktion beziehen. Zunächst fasste der Herr die Tatsachen zusammen, die in den bisherigen Sitzungen des Ausschusses festgestellt, nicht bestritten und auch von ihm als richtig anerkannt werden.

Mit dem Beginn der zweiten Periode habe von uns eine Aktion mit dem Ziel eingeleitet, daß Präsident Wilson einen Friedensappell an die kriegsführenden Mächte richten möchte. Unser Wunsch ging dahin, daß Präsident Wilson die Alliierten an den Verhandlungstisch bringen sollte.

Gelang dies, dann sollten die unmittelbaren Fragen zwischen den Kriegführenden allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter der Teilnahme des Präsidenten der Vereinigten Staaten die allgemeinen internationalen Fragen erörtert werden. Hiermit war Wilson einverstanden, eine andere Tätigkeit hat er für sich gar nicht beantragt. Zum Unterschied von der Friedensvermittlung in der gewöhnlichen Bedeutung, bezeichnet v. Bethmann-Hollweg die Tätigkeit Wilsons als Friedensaktion.

„Sind die tatsächlichen Vorgänge,“ so fährt v. Bethmann fort, „bis zum Schluß der zweiten Periode, also bis zu unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, dargestellt und unbestritten, so fällt der erste strittige Punkt mit unserem Friedensangebot zusammen. Gegenüber der Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot den Appell des Präsidenten Wilson gestört und gefährdet hätten, betone ich, daß der Friedensappell des Präsidenten Wilson, dessen bevorstehenden Erlaß Graf Bernstorff in Aussicht gestellt hatte, enthalten ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember. Geschieht bei dieser Note vom Präsidenten Wilson, wie Graf Bernstorff ausdrücklich bekundet hat, bereits Mitte November. Der Wortlaut dieser Note ist nach dem gleichen Zeugnis bis auf den Zusatz, daß die Note mit unserem Friedensangebot nicht in Zusammenhang gebracht werden dürfte, von Mitte November bis zum 16. Dezember unverändert geblieben. Mitte November hatten wir noch kein Friedensangebot gemacht

und Präsident Wilson wußte noch nicht, daß wir überhaupt die Absicht hatten, ein eigenes Friedensangebot zu machen. Der klare und unwiderlegliche Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten Wilson von einer Friedensaktion abgehalten, noch ihren Inhalt beeinflusst hat.“

Nach Bethmanns Ansicht hat Wilson seiner Verpflichtung darüber, daß wir seinen Friedensschritt nicht abgewartet haben, auf sein Handeln keinen Einfluß eingeräumt. Hiernach kann, wenn von einer tatsächlichen Wirkung unseres Friedensangebotes gesprochen wird, nur gesagt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das die Entente veranlaßt hat, die Friedensnote vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die einer Ablehnung gleichgekommen ist, oder

ob die Reichsregierung in Kenntnis dieser Tatsache hätte warten müssen,

bis Präsident Wilson selbst den in Aussicht gestellten Friedensschritt unternahm. Hierbei geraten wir aber in einen Komplex von Problemen, von dem die amerikanischen Beziehungen doch nur einen verhältnismäßig kleinen Bestandteil bilden. Die verschiedensten Momente, u. a. die militärische Lage an den zahlreichen Fronten, die Ansicht der Bundesgenossen, der Parteien usw. müssen berücksichtigt werden, wenn man zu einem zutreffenden Urteil gelangen will.

Die Motive unseres Friedensangebotes.

Bethmann-Hollweg setzt nun die Gründe auseinander, welche uns veranlaßten, ein eigenes Friedensangebot dem Warten auf das Angebot des Präsidenten Wilson vorzuziehen, und zwar untersuchte er diese Gründe erst von der persönlichen Seite. Alsdann sprach er von den Erfahrungen, die wir mit der amerikanischen Regierung und mit ihrer Stellung zur Entente gemacht haben sowie von den Verbindungs-möglichkeiten mit den Vereinigten Staaten.

Was zunächst die persönliche Seite anlangt, so wies der Herr nach, was bisher nicht genügend geschehen ist auf den

Charakter des Präsidenten Wilson

hin, dem auch nach der Berichterstattung des Grafen Bernstorff ein besonders zaudernder Zug eigen ist. Ueber den zaudernden Zug, so fährt Herr von Bethmann-Hollweg fort, ist die Berliner Zeitung schon vorher durch manche Erfahrungen auf verschiedenen Gebieten in Kenntnis gewesen. Ich glaube mich zu erinnern, daß nach Meldungen, die gerade im Dezember bei uns eintrafen, auch neutrale Staatsmänner im Zweifel waren, ob der Präsident Wilson ernsthaft an den Frieden denke. Präsident Wilson war sozusagen gehandhabt durch sein und seines Landes Verhältnis zur Entente.

Ueber die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen mag man völkerrechtlich denken, wie man will, tatsächlich bedeuten sie eine einseitige Begünstigung unserer Feinde, ohne die der Krieg wahrscheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen wäre.

Wie Oberst House erklärte, war Wilson in allen seinen Handlungen gegen England gebunden durch die Handelsbeziehungen seines Landes zu England. Das mußte seine Friedensaktion stark beschränken, und es wäre für uns mißlich und gewagt gewesen, seine Friedensaktion als sicheren Faktor in unsere Rechnung einzustellen, selbst aber untätig zu bleiben. Erschwert war unser Verkehr mit Washington durch die ungünstige briefliche und telegraphische Verbindung. Ueberdies ist der Bericht auch des tüchtigsten Botschafters zunächst ein eigenes Urteil. Tatsächlich lagen die Dinge so, daß wir über einen unkontrollierbaren Verkehr mit Washington überhaupt nicht verfügten. Der Funkdienst wurde an amerikanischer Seite durch die Engländer unter Zensur genommen. Schiffverkehr war nicht gestattet. Die Erschwerung unseres Verkehrs mit Washington beruhte im wesentlichen auf völkerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich ohne weiteres gefallen ließ. Bemerkenswert erscheint mir, daß

die berühmten 14 Punkte Wilsons

im Januar 1918 neu aufgelegt wurden, also zu einer Zeit, wo Amerika in voller Kriegsvorbereitung und gegenüber sich befand. Ich verweise auf das Kreuzverhör Wilsons vor dem Senat. In dramatischer Zuspitzung hat der Präsident da feierlich seine Ueberzeugung bekundet, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn unsererseits keine Gewalttaten an amerikanischen Bürgern vorgekommen wären.

Hiermit glaubt Bethmann die Momente, die bei den Zentralmächten gegen ein Warten auf den Schritt des Präsidenten Wilson sprachen, klar umschrieben zu haben und kommt nunmehr zu den Gründen, die für die Veröffentlichung des Friedensangebotes der Mittelmächte gerade am 12. Dezember 1916 sprachen. Ich war, so erklärt Bethmann mit erhobener Stimme, bei meiner ganzen Politik der Auffassung, daß der Friede nicht erreicht werden könne durch Sondierungen bei den feindlichen Regierungen, sondern nur durch Einwirkungen auf die feindlichen Völker. Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 war ein Glied in dieser Kette. Es sollte den Stein ins Rollen bringen und war dem Gedanken gewidmet, daß ein öffentliches Friedensangebot der Mittelmächte eine tiefe Wirkung bei den feindlichen Völkern hervorrufen würde. Bei unserem Friedensangebot war mit ausschlaggebend, daß im englischen Kabinett und im Ausland in der Friedensfrage verschiedene Strömungen miteinander rangen.

Das Friedensangebot wurde von unseren Feinden einmütig abgelehnt. Seine Wirkung wurde beeinträchtigt durch die Form, die von dem Bestreben diktiert war, unsere militärische Lage nicht schwach erscheinen zu lassen. Diese Form war ein Kompromiß der militärischen und politischen Stellen.

Ich bin auf dem einmal beschrittenen Wege weitergegangen. Im Reichstage hat sich im Juli 1917 erstmals eine Mehrheit für diese Politik gefunden. Es ist für mich ein eigenartiges Verhängnis, daß ich durch eine Verbindung des Parlaments mit der militärischen Leitung in dem Augenblick gestützt wurde, als ich mir zum ersten Male die Möglichkeit bot, meine politische Linie mit einer Mehrheit des Parlamentes weiterhin wirksam zu verfolgen. Befragt habe ich nur die Umstände, unter denen die Friedensentscheidung zustande gekommen war. Wir standen militärisch nicht gerade auf der Höhe, und dann wurde sie verknüpft mit sensationellen Feststellungen über Beschlüsse im U-Boot-Krieg, die fast panikartig gewirkt hatten. Und schließlich war sie begleitet von dem offenkundigen Sieg der Militärpartei über die gemäßigte Politik des Reichskanzlers. Eine öffentliche Diskussion der beiderseitigen Kriegsziele, bevor die Friedensbereitschaft feststand, wäre eine Prozedur gewesen, die eine etwaige Verhöhnungsbereitschaft vernichtet haben würde. Eine vertrauliche Mitteilung nach Washington ist nicht erfolgt. Wir sind damals nicht nach den Bedingungen gefragt worden und haben sie nur angedeutet. Der Vorschott ist ermächtigt worden, zu sagen, daß unsere Friedensbedingungen sehr mäßige seien und sich im Gegensatz zu der Entente in durchaus vernünftigen Grenzen bewegten. Das sollte insbesondere für Belgien, wir nicht zu annektieren wünschten. Die elch-schlingende Frage sei für uns nicht diskutabel. Wilson hat uns mitteilen, daß unsere Äußerungen ihm außerordentlich seien.

Die Situation im Januar, als

der unbeschränkte U-Boot-Krieg

beschlossen wurde, war folgende: Die Marine machte sich stark, England bis zur neuen Ernte Friedensbereit zu machen, wenn am 1. Februar der U-Boot-Krieg begänne. Dieser Zeitpunkt war als äußerster Termin bezeichnet, wenn der U-Boot-Krieg in diesem Jahre überhaupt Erfolg haben sollte. Konnte sich England im Februar verproviantieren, dann war die Möglichkeit für dieses Jahr fast Null.

Die Oberste Heeresleitung

verlangte den U-Boot-Krieg

mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Der Glaube an den unbeschränkten U-Boot-Krieg

Jolanda und Salomea.

Novellen von Erich Griese.

17. Fortsetzung.

„War schütter es oberhalb von Kopf, was diesen seine Augen ausfallend empfand, aber er quälte sein Kind nicht mehr mit Tränen. Er lag nur noch ganz langsam, fast feierlich.“

„Jolanda! Du wirst bereuen, was du heute tust! Wenn ich nicht mehr da... wenn du allein dastehst im Leben...“

„Vater! Vater, guter Vater!“ fällt sie mit jäh hervorbrechender Leidenschaft ein. „Laß mich! Laß mich, ich bitte dich! Befiehl mir nicht, von dir zu gehen! Befiehl dein Kind bei dir! In dir gehöre ich, an deiner Seite ist mein Platz! Sieh, Vater, du hast mir stets den Willen getan — selbst als ich noch ein kleines, unvernünftiges Kind war. Laß mir noch dieses einzige Mal meinen Willen! Ein einziges Mal nur noch — dann will ich alles tun, was du befehlst. Vater, Vater, stoh' mich nicht von dir!“

Wie der Aufschrei eines zu Tode gequälten Tieres rings es sich aus der mächtig arbeitenden Brust des unglücklichen Mädchens.

So verharren Vater und Tochter lange Zeit, ohne ein Wort zu sprechen, fast ohne sich zu rühren.

Dann streicht der alte Mann sanft den goldglänzenden Schmelz an seiner Brust.

„Jetzt geh' zu Bett, mein Kind! Es ist schon Mitternacht!“

Sie nicht.

Nach einmal dreht sie die Hand des Vaters an ihre Lippen.

Dann schleicht die weiße Gestalt langsam, lautlos, wie sie gekommen, wieder hinaus.

Am folgenden Nachmittage...

In einer der kleineren Seitengassen des erhabenen Petersdomes, vor dem Meisterwerk Michelangelos, der Pietà, liegt Jolanda schmerzgequält auf dem Boden.

In inbrünstigem Gebet steht sie Gott den Allmächtigen an, ihr Kraft zu verleihen, daß sie freudig, ohne Murren, ihrem ertrunkenen Glück entsage, um fürderhin einsam, abseits vom Sonnenschein des Lebens, ihren Weg zu wandeln.

Ach, wie anders hat sie sich diese Stunde gedacht! An der Seite des geliebten Mannes wollte sie hier stehen, eine glückseligende junge Frau im weißen Festgewand, geschnitten mit dem verheißungsvollen Orangefarbentönen, in dem der Priester ihre Hände zusammenlegt zum Wunde fürs Leben...

Und nun? ... Tief gebeugt, das schimmernde Haupt verhängt, kniet sie an derselben Stelle, und in langen, düstern Falteln wallt das schwarze Trauerkleid an ihren schlanken Gliedern hernieder.

Leise, feierliche Musik ertönt von einem der vielen Orgeln, welche den hohen Dom schmücken. Dem unglücklichen Mädchen dort vor dem Bilde der „Pietà“ erscheint sie wie ein Totengefang.

Heilige Schauer durchhauchen den geweihten Raum. ... Sie senken sich herab auf das todeswunde Herz der Betenden, den furchtbaren Schmerz zu sanfter Trauer verflüchtend...

Neu gestärkt erhebt sich Jolanda von den Knien. Sie schlägt den Schleier zurück. Aufrechten Hauptes, das bleiche, aber ruhig-ergebene Antlitz unterhüllt — so schreitet sie langsam durch die gewaltigen Hallen. Nicht links, nicht rechts steht sie. Nach innen ist ihr Blick gerichtet.

Sie gewahrt auch nicht den robusten, rotbärtigen Mann, der sich schon eine Weile beobachtet und jetzt, beim Anblick ihres Gesichtes in nächster Nähe, zusammenfährt.

In einiger Entfernung folgt er der dunklen, hohen Gestalt, wie sie langsam den Dom durchschreitet und hinausweicht auf die gewaltige Treppe, die hinabführt zum St. Petersplatz.

Hier bleibt sie einige Sekunden stehen, um nach ihrem Wagen Umschau zu halten.

Da nähert sich ihr der Mann, den gut in der Hand. „Fraulein Bonmartino, wenn ich nicht irren!“

Jolanda hebt die Lider. Ein erschauertes, weltfremdes Bild trifft den Verwagenden, der es wagt, sie hier, auf der Treppe des Petersdomes, anzusprechen.

Sie nimmt die Schleppe ihres Gewandes zusammen und will weiter schreiten, an ihm vorbei.

Doch er vertritt ihr den Weg. „Sie müssen mich anhören, Fräulein Bonmartino,“ sagt er hastig, halblaut. „Ich bin hierher gekommen, um Sie als glückliche Frau zu sehen. Und nun...“

Mit einer berebten Geste hebt Jolanda abweichend die Hand.

„Und nun seh' ich Sie trauernd im schwarzen Kleid,“ fährt der Mann unbeirrt fort. „Was soll das heißen?“

Groß und voll schlägt Jolanda die schönen, errienen Augen zu dem Manne auf.

„Ich brauche Ihnen nicht zu antworten,“ erwidert sie höflich. „Und doch will ich es tun. Sie sind der Mann, der mir neulich im Hause der Frau Salomea Belloni so freundlich gegenübertrat. So hören Sie denn: Ich weiß jetzt, Sie hatten recht mit Ihren Anklagen. Und ich frage Sie: was gedenken Sie in der Sache zu tun? Natürlich Salomea zu ihrem Recht verhelfen?“

„Natürlich,“ lautet die rasche Entgegnung. „Natürlich. So bald als möglich.“

Jolandas Antlitz wird noch um einen Schatten bleicher.

„Sie haben recht,“ murmelt sie gepreßt.

Und mit leichtem Reigen des Hauptes schreitet sie weiter, die breite Treppe hinab, an deren unterer Stufe der gallonierte Diener ihrer harret, um sie zum Wagen zu geleiten.

Droben aber steht der rotbärtige Mann und blickt der stolzen Frauengestalt nach, wie einer Erscheinung aus einer andern Welt.

Der fast überirdische Glanz dieses weißen Gesichtes hat den rauhen Südschiffler bis ins tiefste Herz getroffen.

Fortsetzung folgt.

jaß so sei und rief, daß man mit, von dem man mußte, daß ich ihn nicht teile (mit erhobener Stimme): unterließ mit den insamsten Verleumdungen belästigte. Wiederholte Ansätze, die Presse zu zügeln, waren ohne besonderen Erfolg geblieben, weil der U-Boot-Krieg nicht nur von der Armee und der Marine, sondern auch von der Mehrheit des Reichstages getragen wurde. Der Reichstag folgte der Obersten Heeresleitung. Von militärischer Seite ist jetzt behauptet worden, ich hätte die Oberste Heeresleitung sehr gegen ihren Willen in den Streit hineingezogen. Es handelte sich um die Anwendung eines Kriegsmittels, das notwendig zum

Druck mit Amerika, möglicherweise zum Konflikt mit anderen Neutralen führen mußte. Sowohl die Führung wie die Unterlassung des U-Boot-Krieges war ein Experiment.

Am 9. Januar war es schlechterdings unmöglich, zu sagen: Nein, der U-Boot-Krieg wird nicht gemacht, ich sehe dafür, daß wir demnächst zu Friedensverhandlungen kommen. Ich hatte auch nicht das Vertrauen, daß es Wilson gelingen würde, die Entente zur Aufgabe ihrer exorbitanten Kriegsziele zu bringen. Auch andere Verhandlungsmöglichkeiten konnte ich nicht in Aussicht stellen. Auf der anderen Seite hielt der Feldmarschall das Wilsonsche Angebot als von England hervorgerufen, wir könnten aus nationalen Gründen und mit Rücksicht auf unsere starke militärische Position darauf nicht eingehen. Auf meine nicht zustimmende Antwort kam ein schroffes Telegramm des Feldmarschalls, die militärische Lage erfordere energisches Handeln zur See. Der Feldmarschall setzte sein volles Verantwortlichkeitsgefühl ein, vor das die politische Verantwortlichkeit des Reichstages nicht treten dürfe.

Entscheidend war, daß die Oberste Heeresleitung entschlossen war, es auch mit Amerika aufzunehmen; sie ließ es auf eine Machtprobe mit der Entente ankommen. Mit dem Ausscheiden meiner Person wäre nach das geringste geändert worden; der Entschluß zum unbeschränkten U-Boot-Krieg stand fest. Auch der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, selbst wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das Wort Hindenburgs zu halten.

Nach unserem namenlosen Zusammenbruch, der nur möglich gewesen ist, weil wir alle gesündigt haben, übernehme ich es nicht, die Schuld auf andere abzuwälzen. Aber ich muß doch die Tatsache feststellen: als Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Heeresleitung berufen war, stand für das bürgerliche Deutschland fest, daß ihnen die Entscheidung zustehe, wie der Krieg geführt und beendet werden solle. Es stand fest, daß die politische Leitung, ich ihnen zu sagen habe. Es muß doch ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seine gesetzliche Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung (mit stark erhobener Stimme) gewollt hat. Die Konsequenzen ergeben sich von selbst. Dabei will ich eins zugeben, nämlich daß eine zu Beginn des Krieges geschaffene parlamentarische Regierung an sich vielleicht hätte stärker sein können. Die Unfertigkeit unserer politischen Zustände ist uns zum Fluch geworden. Auch hier liegt eine Veräumnis vor, aber auch hier vielleicht eine Kollektivschuld. Kommandieren läßt sich die Parlamentarisierung nicht, auch so sie gewollt ist, sie entwirrt sich mit der politischen Reife des Volkes. Am 28. Januar Bernstorffs Debatte mit der Mittelung eintraf, daß Wilson beabsichtige, den Frieden zu vermitteln, und um unsere Bedingungen hätte, war es zu spät. Die Admiraltät erklärte, daß es technisch unmöglich wäre, die ausgefahrenen U-Boote zurückzubringen. Es blieb mir nichts übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzuteilen und das Aufgeben des U-Boot-Krieges anzugehen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu erzielen.

Darauf tritt die Mittagspause ein. Die Beratung wird um vier Uhr fortgesetzt.

Bethmann-Hollweg im Grenzverhör.

Freitag nachmittag setzte der Untersuchungs-Ausschuß der Nationalversammlung die Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg fort. Außerlich hat sich das Bild wenig verändert. Nur daß unter den Zuhörern einige Parlamentarier fehlen und einige andere hinzugekommen sind. Unter diesen fällt der Unabhängige Kautsky auf, der mit großer Aufmerksamkeit der Verhandlung folgt.

Gleich zu Beginn der Sitzung findet der frühere Kanzler die Gelegenheit, eine grundsätzliche Feststellung zu machen. Er sagt, daß er doch nur über das auszusagen könne, was er gewollt habe oder was als Tatsache zu seiner Kenntnis gekommen sei, aber nichts über die Gedankengänge seiner Mitarbeiter oder gar der Gegner. Auch was er auf genau gestellte Fragen antwortete, die jetzt aus den Akten an ihn gestellt würden, sei in allen Fällen seine eigene Uebersetzung, gestützt auf die Aufzeichnungen, die er inmitten der Last großer Arbeit und Verantwortung für sich selbst angelegt und geführt habe; aber auf einen objektiven Wert könne nur Anspruch machen, was sich in den Akten finde.

Auf die Unmenge von Fragen, die der Vorsitzende, die Sachverständigen und Parlamentarier an ihn richten, vermag der Zeuge daher nicht zu antworten und bittet: Spezialisierte Frage schriftlich zu formulieren u. ihm Zeit zu lassen, wenigstens aus den Akten die notwendigen Kenntnisse zu schöpfen, die zu einer zureichenden Beantwortung notwendig sind.

Mit wachsender Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer der Vernehmung, als der Vorsitzende Abgeordneter Warmuth ausdrücklich feststellte, Bethmann habe als die Friedensvermittlung Wilsons angeregt und ihn auf der anderen Seite doch nicht mitgeteilt, daß er selbst eine Friedensaktion unternehmen wollte. v. Bethmann-Hollweg: Ich habe die Vorteile einer Wilsonschen Friedensaktion und eines eigenen Friedensangebotes gegeneinander abgemessen. Ich habe

zwei Eifen im Feuer

haben zu sollen. Vor Warmuth: Am 26. November ging eine Note des Staatssekretärs Hammermann nach Washington ab, die Inhalts, daß wir die Wilsonsche Friedensaktion außerordentlich gern sehen würden, und

am 27. November ging eine Note Cauer Ergänzungs an Hindenburg ab, des Inhalts, daß wir mit unserer Friedensaktion herauskommen müßten. Hier liegt also in einer kurzen Spanne Zeit eine Gegenständiglichkeit des Handelns vor.

v. Bethmann-Hollweg: Diese Gegenständigkeit erklärt sich daraus, daß wir zwei Eifen im Feuer haben und behalten wollten. Das ist ein taktisches Verhalten, wie es in der Politik alle Tage vorkommt. Ich kann nur wiederholen, daß die Friedensaktion Wilsons durch unser Friedensangebot nicht beeinträchtigt worden ist.

Hg. Dr. Singheimer: Warum wurde Wilson von unserem Angebot nicht in Kenntnis gesetzt, damit ein gewisses Zusammenwirken möglich war?

v. Bethmann-Hollweg: Wir wollten mit unserem Friedensangebot vom 12. Dezember eine überraschende Wirkung auf die feindlichen Botschafter erzielen: dann konnten wir niemand vorher darüber unterrichten. Wir hatten deshalb strengste Geheimhaltung verabredet. Nur wenige Menschen wußten davon. Auch der Reichstag war am 12. Dezember völlig überrascht.

Prof. Bonn: Es ist begreiflich, wenn Wilson sich durch das deutsche Vorvorkommen verstimmt gefühlt hat. Viel wichtiger ist jedoch die andere Frage, ob die Wirkung der Wilsonschen Friedensaktion bei den Feinden nicht dadurch beeinträchtigt worden ist, daß wir ihm zuvor gekommen sind. Wilson geriet dadurch in den Verdacht der Deutschfreundlichkeit, und dieser Verdacht mußte die Wirkung seiner Aktion in den feindlichen Ländern verschlechtern.

v. Bethmann-Hollweg: Ich wiederhole: Auch wenn Wilson verstimmt wurde, so hat diese Verstimmung keinen Einfluß auf sein Handeln gehabt. Die Frage ist, ob die Wirkung der Friedensnote Wilsons bei der Entente anders gewesen wäre, wenn wir kein Friedensangebot gemacht hätten, oder mit anderen Worten, ob unser Friedensangebot der Entente so missfallen hat, daß sie um deswillen der Friedensaktion Wilsons keine Folge gegeben hat. Eine Antwort darauf aber können wir nur finden, wenn wir wissen, was bei unseren Feinden vorgegangen ist. Ich habe aber nicht den Eindruck, als ob die Entente gewillt wäre, ihre Archive zu öffnen. Die größere Sympathie der Vereinigten Staaten zur Entente war in allen Ländern der Entente so bekannt, daß der Vorwurf der Deutschfreundlichkeit gegen Wilson nicht allzu ernst zu nehmen war.

Auf die Frage des Prof. Hoetzsch, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die amerikanische Aktion auslaufen zu lassen und dann mit dem deutschen Vorstoß zu kommen, erwidert

v. Bethmann-Hollweg: Wir haben nicht gewußt, ob und wann Wilson kommen würde. Dieses Warten aber war ausschlaggebend. Ein brauchbarer Friedensschritt kann nur gemacht werden zur Zeit eines militärischen Höhepunktes; darüber mußten wir entscheiden.

Ich konnte mich auf Wilson nicht verlassen.

Es bestand die Gefahr, daß er den Zeitpunkt der militärischen Höhe verpasse und daß so die Möglichkeit zu einer Friedensaktion ins Ungewisse verlagert würde.

Prof. Bonn: Eine militärisch günstige Lage ist doch nicht eine Frage von drei bis vier Tagen. Gemiß war Wilson ein Zauderer. Dann hätte man bei ihm doch aber anfragen können, wann er herauszukommen gedenke, und ihm mitteilen können, daß wir ihm sonst zuvor kommen würden.

v. Bethmann-Hollweg: Ich habe alle Möglichkeiten gegeneinander abgemessen. Eine solche Mitteilung an Wilson aber hätte ich politisch nicht für klug gehalten.

Hg. Dr. Singheimer: Es ist sicher, daß Sie damals pessimistisch, sorgenvoll über den Ausgang des Krieges gedacht haben. Als General Ludendorff den U-Bootkrieg als einzige Rettung, den Krieg zu gewinnen bezeichnet hatte, hätten Sie da nicht die Deffektivität durch rücksichtslose Aufklärung für Ihre Politik gewinnen können?

v. Bethmann-Hollweg (mit Nachdruck): Pessimismus bin ich nicht gewesen, das will ich ausdrücklich feststellen, um nicht durch die Feststellung des Herrn Berichterstatters hinsichtlich meiner Auffassung einer falschen Beurteilung zu verfallen. Ich habe vom ersten Tage an die Lage ernst, sehr ernst aufgefaßt, Ernst und Pessimismus sind aber zwei ganz verschiedene Dinge. Nun kommt wieder die Frage, warum ich das Volk nicht über den Ernst der Lage voll aufklärt hätte. Ja, ist es denn unbekannt, daß ich von den Parteien, von der öffentlichen Meinung gerade um deswillen die schärfste Opposition zu erlauben gehabt habe? Diesen Herren des Reichstages, mit denen ich vertraulich über die Sache gesprochen habe, werden sich entsinnen, daß ich ihnen nie ein rosiges Bild vorgeführt habe, niemals. Hätte ich im Reichstag den Pessimismus vertreten, dann wären wir sofort zusammengebrochen. Da mußte ich den Mut aufrechterhalten, das war meine Pflicht gegenüber dem Volk, gegenüber der Armee.

So geht das Verhör seinen Gang weiter. Mehr oder minder ungeduldig antwortet v. Bethmann-Hollweg auf die zahlreichen Zwischenfragen der Sachverständigen und Abgeordneten, die sich bemühen, aber alle Punkte Klarheit zu bringen. Bei vielen Fragen behält sich der Zeuge eine genaue Beantwortung vor. Er will zunächst die Akten einsehen. Der Ausschuss will dem Zeugen entgegenkommen und vertagt die nächste Sitzung auf Dienstag.

Politische Rundschau.

November 1919.

Reichskanzler Bauer wird im Laufe der nächsten Tage eine Reise nach dem schlesischen Abstammungsgebiet unternehmen. Der Kanzler will Schleswig, Flensburg, gegebenenfalls auch Tondern besuchen.

Das Reichsministerium des Innern beschäftigt in das freierwerbende Generalstabsgedäude übersiedeln. Man hofft, dort auch dem Reichstag ein bleibendes Heim für seine Sitzungen schaffen zu können.

Oberst Pinaud, dessen Abberufung vor kurzem angedeutet worden konnte, wird Wiesbaden nicht verlassen. Er

hat dort eine Villa gekauft erworben. Wie es heißt, soll er einen Posten in einer Entente mission erhalten, die in Wiesbaden ihren Sitz haben wird.

Die alliierten Kommissionen in Berlin haben sich gegen eine weitere Milderung der Ostseeblockade ausgesprochen.

Die amerikanischen Behörden haben in Koblenz eine Durchsuchung verschiedener Häuser, in denen Schieber zu verhaften pflegen, veranlaßt und dabei über 20 Schieber festgenommen.

Das Befinden des Abg. Hugo Haase hat sich erheblich verschlimmert. Es muß nach dem letzten ärztlichen Befund ernstlich für sein Leben gefürchtet werden.

Der Fährbetrieb Warnemünde-Greifswald ist von der Entente auf Vorstellungen der deutschen Regierung selbsten gegeben worden. Ebenso ist künftig der Dampferverkehr Deutschland-Dänemark gestattet, wenn die deutschen Schiffe Freigeldbriefe von der Marinewaffenstillstandskommission erwirkt haben.

Wegen des Zusammenstoßes zwischen italienischen und deutschen Truppen bei Smyrna, wobei sechs reichsdeutsche Soldaten von italienischen Truppen getötet worden sind, sind bei der italienischen Regierung Vorstellungen erhoben und ein energisches Einschreiten gegen die Schuldigen und eine gründliche Aufklärung des Sachverhalts gefordert worden.

Das Verfahren in Gnadenfaden ist vom Justizminister neu geregelt worden.

Der Reichstag hat den Etat für 1919 mit den von der Nationalversammlung vorgenommenen Erhöhungen in einer Gesamtsumme von 608 Millionen Mark angenommen.

Als Nachfolger für den zurückgetretenen Reichspräsidenten, Herrn v. Seckendorff, wird vom Reichsrat der Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Heinrich Deibitz vorgeschlagen.

An der Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot, die vom 4. bis zum 6. November in London stattfinden wird, werden Lusa Brentano, Professor Bonn und wahrscheinlich Kautsky teilnehmen. Die britische Regierung hat den genannten deutschen Persönlichkeiten die Einreise erlaubt.

Nach einer der Nationalversammlung zugegangenen amtlichen Aufstellung sind bei 51 Kriegsgesellschaften 235 Angestellte mit einem Jahresgehalt von über 12 000 Mark beschäftigt.

Lokales.

Die Befreiungen an Kriegsgefangene. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen werden darauf hingewiesen, daß es sich zur Vermeidung von Verlusten empfiehlt, an die in englischer, amerikanischer und italienischer Macht befindlichen Gefangenen keinerlei Briefe, Pakete oder Geldsendungen mehr abzusenden. An Gefangene, die sich in britischer Hand, aber auf französischem oder belgischem Boden befinden, werden Postsendungen überhaupt nicht mehr befördert. Soweit ein Postverkehr möglich ist, können Sendungen an Gefangene in französischer, belgischer, polnischer und rumänischer Gewalt nach wie vor aufgegeben und befördert werden.

Höhere Belohnung für die Ermittlung von Verbrechern. Die Zunahme der schweren Verbrechen und der Schwierigkeiten, die sich der Feststellung der Täter entgegenstellen, hat den Minister des Innern veranlaßt, die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin zu ernennen, in geeigneten Fällen selbständig für die Ermittlung des Verbrechens Belohnungen bis zum Höchstbetrage von 5000 Mark auszugeben. Der Minister hat sich auch vorbehalten, darüber hinaus auf Antrag weitere Mittel zu bewilligen. Die sonstigen Bestimmungen, insbesondere auch über die Auszahlungen der Belohnungen bleiben bestehen.

Keine Zugangsbeschränkung im besetzten Gebiet. In einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Mainz über die Einstellung des Personenzugverkehrs heißt es zum Schluß: Diese Maßnahme im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz zunächst nur für das unbesetzte Gebiet in Kraft tritt.

Conrad Scherf dem als Tagelöhner der Gemeinde Biersfeld die Reinigung der Biersfelder Höhe oblag, ist im Alter von 75 Jahren am gestrigen Mittwoch einer Lungenentzündung erlegen. Der taubstumme Alte ist gewissermaßen in den Seelen gestorben und war bereits allgemal bekannt. Der Verstorbene ist noch vor zwei Jahren die vierte Ehe eingegangen und hat sich wohl gefühlt gewiß ein seltenes Zeichen von Mut.

Die Wiesbadener Lokale müssen neuerdings auch um 8.30 Uhr schließen. Dem Landkreis gegenüber war es eine gewisse Zurücksetzung, daß diese Lokale noch bis zuletzt erst um 12 Uhr schließen durften.

Kriegsgefangenenpakete. Mit einem Mitte November von Kopenhagen abgehenden Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie können gebührenfreie Kriegsgefangenenpakete an deutsche Gefangene in Sibirien auf dem Wege über Shanghai abgefaßt werden. Die Pakete sind in gewöhnlicher Weise zur Post zu geben, in der Aufschrift jedoch mit dem Zusatz zu versehen: „über Kopenhagen mit Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie.“

Der Rhein im Bild bleibt wie aus jeder Nummer dieser Zeitschrift zu ersehen ist, seinem Grundzuge treu: das schöne Rheintal den In- und Ausländern bekannt und beliebt zu machen und seine mannigfaltigen Reichtümer dem Handel und der Kunst zu erschließen.

In Nummer 25 dieser Woche wird der Leser eine Reihe interessanter Artikel mit zahlreichen Bildern finden und zwar über „Die Industrie des Bergischen Landes zu Anfang des 19. Jahrhunderts“, „Die Stadt Saarlouis“, „Das berühmte Kloster Eberbach“, „Die verschiedenen Vorträge und Konzerte der Woche“, ferner eine sehr sinnreiche und zeitgemäße Bouffe von dem Dichter Jan Daller.

Bekanntmachungen.

Es wird hiermit an die sofortige Einzahlung der III. Rate Staats- und Gemeindesteuern erinnert.

Biersfeld, den 3. November 1919.

Die Gemeindefasse.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

1/10 Liter Öl zum Preise von 117 Pfg. auf Folge 5 der Fettkarte.
50 Gramm Schokolade zum Preise von 80 Pfennig auf Folge 6 der Fettkarte.
150 Gramm Weizenmehl, 125 " Erbsen und 250 " Kunsthonig } zum Preise von zusammen 100 Pfg. auf Folge 7 der Lebensmittelkarte.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt am Freitag und Samstag dieser Woche in der Reihenfolge wie bisher. Weizenmehl, Erbsen und Kunsthonig gelangt in sämtlichen Kundengeschäften zur Verteilung; das Öl wird jedoch nur in den Geschäften von Karl Rohus und Gg. Bach Ww. und das Schmalz bei R. V. Maier Ww., Rathausstr. und Frh. Schüller, Langgasse 1 ausgegeben.

c) Verteilungen:

Unter Bezugnahme auf die bereits wiederholt erfolgten Bekanntmachungen betr. der Verteilung von Gelberbsen (a Pfund 25 Pfg.) wird hiermit nochmals der Bezug derselben zur Streckung der Kartoffeln ganz besonders empfohlen und werden Bestellungen im Rathaus, — Zimmer 3 — entgegengenommen.

Sollten noch ausländische Lebensmittel eintreffen, so wird die Ausgabe derselben durch Anschlag bekanntgegeben. desgl. die ebl. Fleischverteilung.

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 19 (Jah. Gg. Bach, Ww., Hingergasse) jedoch nur für solche Kartonsorten der Lebensmittelkarten in denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche Anzahl Fettkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt.

Die Kranken-Nahrungsmittel werden bis auf Weiteres von jetzt ab im Geschäft Nr. 16 (Jah. B. Stadtmüller Ww., Wilhelmstraße) am Freitag und Samstag jeder Woche verteilt. — Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufern, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Tüten, Einwickelpapier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. In den Fleischläden sind alle Brotsorten vorzulegen. — Selbstversorger von Fleisch (Hauschlachtungen), Geflügel (Mahlartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben so weit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Alle Personen, die sich als Selbstversorger mit Kartoffeln für den Winter versorgt und solche bei der hies. Gemeindefasse bezahlt, aber noch nicht geliefert erhalten haben, wollen sich sofort bei Karl Schild III. hier Hingergasse melden. Bierstadt den 3. November.

Der Bürgermeister Hofmann.

Der

Demokratische Bürgerverein

lädt seine Mitglieder zu einer
Versammlung Sonntag, den 9. November,
Nachmittags 3 Uhr im Saale zum Adler (Langgasse).

Thema: Vereins- und Gemeindefragen.

Das vollzählige Erscheinen des Vorstandes und der neugewählten Vertreter ist dringend erwünscht.

J. A. Prof. Vogel.

Eine Frau oder Mädchen bei 3-tägiger Arbeitszeit gesucht. Wiesbaden, Parkweg 6, Frau Geheimrat Conrad.

Eine Remise mit Heupfeicher 7 m lang, 4,80 m breit mit steilem Dach u. Räder, eine doppelte Stalltür, 2 Stallfenster, 3 Muschelschuppen, 6 Heutauen, 1 engparig. Doppelpanner Fuhrwagen und 1 großer Kohlenkarren zu verkaufen. Karl Sulzbach, Bierstadt, Lannusstraße 18.

Hut-Impresserei

Wiesbaden
Bleichstraße 20

Hutreschleier werden von aller Damenmode nach den neuesten Modellen umgepreßt.

B. Spielmann.

Großer Tabak

Posten Grob- und Feinschnitt eingetroffen.

100 gr. 4,00 und 4,50 Mk.
Für Wiederverk. Vorzugspreise.

Louis Oberding,
G. Jollinger Nachf.
Wiesbaden, Schnalbacher-
Straß. 43. Tel. 1916.

Künstl. Blumen

für Vasen und Spiegel

Brautfränze

in grün, silber- und
Goldmützen. Silber-
körbe zu Geschenken.

B. von Santen

47 Friedrichstraße 47,
Wiesbaden.

Meiner Tabak

100 gr. 3,50 Mk. 1 Pfd. 17 Mk.

Büchler, Wiesbaden,
Herderstraße 26,
Wiederverkäufer billiger.

Todes- + Anzeige.

Am Mittwoch, den 5. November 1919,
nachmittags 3½ Uhr, wurde mein lieber Mann,
unser guter Vater, Großvater und Urgroßvater

Conrad Scherf

im hohen Alter von 75 Jahren nach kurzem
aber schwerem Krankheitslager durch den Tod erlöst.

Seiner gedenken in Dankbarkeit

Frau Conrad Scherf Witwe,
Ferdinand Scherf, August Scherf,
Karl Scherf, Karoline Scherf,
Christiane Scherf, Elise Scherf,
Katharina Scherf, Conrad Scherf,

Bierstadt, Wiesbaden, Königshofen, Elz
den 5. November 1919.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den
9. November 1919, Nachmittags 3 Uhr vom
Trauerhause Rathausstraße Nr. 14 aus statt.

Schlafzimmer, Wohnzimmer,

Küchen, Vertikow, Spiegel-, Kleider-
schränke, Trümpf Spiegel, Betten, Tische,
Divan gut erhalten zu verkaufen.

R. Graubner, Wiesbaden,

Adlerstraße 3, Am Kaiser Friedrich-Bad.



Frost an Händen und Füßen

— rissige, aufgesprungene raue Haut —
schützen Sie sich durch Gebrauch von

Glycerin und Frostereme

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4

Telefon 3267.



Wer Geschäfte machen will,
muß inserieren!

Säcke

aller Sorten, Zutege-
webe zu verkaufen, zu ver-
leihen und zum flicken
werden angenommen.

Kiefer & Sperber,
Wiesbaden, Dohheimer
Straße 20. Teleph. 6129.

Fußboden-Lack

Spirituslack, Emaillack,
Öl- und Leinwandfarben in allen
Tönen freigelegt. Bleiweiß in
gebl. Öl abgerieben, Seidl. roh
u. gel., flüssig. Fußbodenöl, Sikkativ,
Terpentin, Möbel-, Lust-,
Innen- und Außenlack, Öl-,
Kreide-, Pflanzen- und Tafellack,
trockne Farben aller Art kaufen
Sie nur sachmännlich zubereitet
unter billigster Berechnung bei

Friedr. Brahm sen.

Main, Untere Gaustraße 73
„Zum weißen Röschchen“
nähe dem Gouvernement.
früher Schönbornstraße 6.

Telephon 1685.

Wirklich vorrätig ab 600 Mk.

Schreib- Maschinen

großes Lager. Verkauf.
R. Günzburg, Mainz,
Gindensburgstraße 19. Tel. 915

Achtung! Neu! Achtung!

— Zigarettenmaschine —

Praktisch und einfach, eine Zigarette 2 Pfg.

Ph. Krämer, Wiesbaden, 26 Langgasse 26.
Wiederverkäufer Rabatt.

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Achtung Staunen!

Sehe vom 28. Oktober bis 8. November trotz des
billigen Preises

10% Rabatt auf alle Möbel.

Sehr gutes Schlafzimmer

bestehend aus:

2 Betten, 2-türigen Kleiderschrank, Waschkommode,
Nachtschränchen, nur 1100 Mk., dasselbe mit einem
Bett nur 850 Mk., zweitürige Kleiderschränke, Waschkommode,
Nachtschränchen mit und ohne Marmor-
platten, große Anzahl einzelne Betten sowie Bettstellen
in Holz und Eisen für 30 Betten aller Krien Ma-
trassen in Seegras, Rohhaar, Wolle und Kapock, auch
gefüllte Strohsäcke, sowie Federbetten und Kissen, di-
selben werden auf Wunsch auch einzeln abgegeben sowie
Kommoden, Spiegel, Sofas, Tische, Stühle, Elegante
Trümpf Spiegel, rotes Plüschsofa mit 5 Sesseln, sehr
gute Kücheneinrichtungen und Küchengeräte, andere Arten
Brennblätter, Breiter, Küchengeschirre, Kinderbetten
(weiß Eisen) alles sehr gut und billig.

Der Verkauf und Ausfuhr dauert nur kurze
Zeit, deshalb größte Gelegenheit für Brautpaare.

Wiesbaden

Bertramstraße 25.

Spezialhaus für feine
Stahlwaren

Philipp Krämer

Wiesbaden, Langg. 26

Fernsprecher 2079

Schleiferei u. Reparatur.

Coutellerie

Philipp Krämer

Wiesbaden

26 rue longue 26

alignements
et réparations

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Reparaturen

Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Frisch eingetroffen!

1 Waggon

la. Margarine

direkt von der Fabrik Van den Berghs in Brüssel

per Pfund Mk. 12.50

Zu haben in unseren sämtlichen Läden.